

Rede zum Haushalts- sowie Haushaltssanierungsplan 2012

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
meine Damen und Herren,

die Finanzposition 250202.531500 des heute eingebrachten Haushalts 2012 weist einen Zuschuss in Höhe von 1,9 Millionen Euro an die Bergischen Symphoniker aus. In der Finanzplanung ist der Betrag ungeschmälert fortgeschrieben.

Als Oberbürgermeister der Stadt Solingen stelle ich fest:

Die Bergischen Symphoniker erfahren von mir Verlässlichkeit auf der Grundlage des bestehenden Vertrages und des dort erforderlichen, überaus knappen Finanzbudgets. Zur Deckung der Kosten müssen die Symphoniker auch in der Zukunft Beiträge durch Eigenleistung in Höhe von 250 bis 300.000 Euro jährlich erwirtschaften sowie über die Grundabnahmen hinaus Konzerte in Alten- und Seniorenhäusern und Stadtteilkonzerte spielen oder z. B. an der Kultur-Sommer-Nacht teilnehmen. Sie tun dies mit großer Bereitschaft und Engagement.

Die Absicht der Stadt Remscheid, getragen von der Verwaltungsspitze und der Ratsmehrheit, durch einseitige Kündigung des Orchestervertrages bereits im ersten Jahr 800.000 Euro zu sparen, halte ich für unausgegoren. Die vielfach zitierte Rechtsgrundlage habe ich dringend angefordert. Sie liegt mir aber immer noch nicht vor. Zu der von mir noch vor Ostern angemahnten gemeinsamen Gesellschafterversammlung wird Frau Kollegin Wilding als Vorsitzende für den 01. Juni einladen.

Ich erwarte, dass wir dann zurückkehren zum Reden miteinander und nicht übereinander. Die Zwischenzeit nutzen wir für Gespräche unter den Verwaltungen. Diese sollten dringend auch auf der Ebene der Ratsfraktionen erfolgen, um die dort kritischen Bündnisfraktionen zur Umkehr zu bewegen.

Ebenso erwarte ich, dass Remscheid endlich zustimmt, unsere Gesellschaftsanteile an die BSG zu übertragen. Sie finden diese Haushalts-Entlastung von 1,9 Millionen Euro als neue, einzelne Maßnahme 262.

Ich habe die aktuelle Diskussion um die Bergischen Symphoniker bewusst an den Anfang meiner heutigen Einbringungsrede des Haushalts 2012 gestellt. Das Beispiel des Orchesters zeigt deutlich die erschreckende Tiefe, mit der die Städte und Gemeinden ihr Aufgabenspektrum in ihrer Not durchpflügen. Es mahnt aber auch zum pfleglichen Umgang im nachbarschaftlichen Miteinander, gerade hier im Bergischen Land und fordert auf, sich seiner politischen Prioritäten und Verantwortung bewusst zu sein.

Die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist seit vielen Jahren zu Recht beschrieben und beklagt worden. Bund und Land – egal zu welcher Zeit, in welcher Konstellation – haben das Konnexitätsprinzip vielfach verletzt.

Sie wissen, dass meine Verwaltung seit einiger Zeit für Solingen rückwirkend seit dem Jahr 2000 die Höhe festhält – aktuell sind wir jährlich bei 25 Millionen Euro. Hierin noch nicht enthalten sind Belastungen aus Gesetzen, zu denen aktuell noch Konnexitätsverhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land laufen. Beispielhaft nennen will ich nur die Belastungen durch das aktuelle 5. Schulrechtsänderungsgesetz aus dem Jahr 2011 mit der Festschreibung eines erneut höheren Schuleingangsalters. Dies belastet uns jährlich mit 1 Million Euro.

Bund und Land haben gehandelt. Beide unzureichend.

Vom Bund wissen wir, was wir bekommen.

Der Bund wird in 2012 zunächst 45 %, im Jahr 2013 75 % und ab 2014 100 % der Transferleistungen für die Grundsicherung im Alter übernehmen. Im Zeitraum 2012 bis 2015 führt dies zu einer Entlastung in Höhe von zusammen rd. 23 Mio. Euro und ab 2016 zu einer jährlichen Entlastung von rd. 9 Mio. Euro. Hinzu kommt noch die Vermeidung der demographisch bedingten Kosten-Dynamik in diesem Bereich. Weitere Entlastungen des Bundes sind insbesondere bei den ausufernden Sozialleistungen, seien es die Kosten der Unterkunft oder die Integrationsleistungen, dringend erforderlich.

Auch das Land hat sich bewegt.

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen ist nach jahrzehntelanger Benachteiligung der Städte und Gemeinden eine grundlegend wichtige strukturelle Wende. Dies ist anzuerkennen. Dies würdige ich ausdrücklich.

Zu bedauern, ja, deutlich zu kritisieren ist aber, dass der Konsens aus dem Landtag bei der damaligen Erteilung des Gutachtens an die Professoren Lenk und Junkernheinrich sowie beim gemeinsamen Beschluss vom 21. Oktober 2010 nicht mehr gegeben und übergangen worden ist.

Es überrascht daher nicht, dass sich der Städtetag Nordrhein-Westfalen vor wenigen Tagen wie folgt an den neuen Landtag und die neue Landesregierung wendet:

„Um eine strukturelle und nachhaltige Lösung für die Gesamtheit der Kommunen sicherzustellen, müssen die im Stärkungspaktgesetz bereitgestellten Konsolidierungshilfen ... über die gegenwärtigen Ansätze hinaus deutlich aufgestockt werden. Allen Kommunen, die derzeit nicht in der Lage sind, den Haushaltsausgleich und die Liquiditätsversorgung aus eigener Kraft sicherzustellen, müssen Konsolidierungshilfen nach vergleichbaren und sachangemessenen Kriterien zur Verfügung stehen. Es ist nicht akzeptabel, dass fehlende Entlastungen von Seiten des Bundes und des Landes im aktuellen Stärkungspaktgesetz durch Mittel der kommunalen Solidargemeinschaft ersetzt werden. Die nordrhein-westfälischen Städte appellieren an den neugewählten Landtag und die neue Landesregierung, das Hilfsprogramm aufzustocken und entsprechend auszuweiten und auf eine kommunale Komplementärfinanzierung zu verzichten.“

Schauen wir kurz zurück:

Zunächst sahen die Überlegungen des Ministers für Inneres und Kommunales nur einen Stärkungspakt de luxe für 34 handverlesene Kommunen vor – Solingen stand außen vor. Wir wären für unsere gemeinsame Anstrengung von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung bestraft worden.

Gleichwohl gibt es eine Stufe 2 des sog. Stärkungspakts Stadtfinanzen. Dies ist – und das sage ich nachdrücklich – das gemeinsame Verdienst vieler in und aus unserer Stadt. Erst durch das Engagement aus Solingen – in Regierung und Parlament, aus dem Rat und der Verwaltung, – ist es gelungen, überhaupt eine Stufe 2 im Gesetz zu verankern.

Dennoch ist es dabei geblieben, dass es vom Land kein Geld für Solingen gibt. Es ist der erklärte Wille der amtierenden Landesregierung, dass die Stufe 2 – wie der Städtetag beklagt - von den Kommunen selbst finanziert wird.

Gerade wir, die wir uns gemeinsam auf den bisweilen steinigen und schmerzhaften Weg der Konsolidierung aus eigener Kraft gemacht haben, haben die Solidarität des Landes verdient. Und diese fordere ich ein. Hier ist eine Korrektur vonnöten. Ich verweise auf die gerade zitierten Forderungen des Städtetages.

Mit unser aller Stimmen haben wir in der vorletzten Ratssitzung, der Vorlage des Kämmers zugestimmt, uns für die Stufe 2 des Stärkungspaktes zu bewerben. Das war ein beeindruckender Beweis aktiver Geschlossenheit dieses Rates; ein Bekenntnis zu haushaltspolitischer Solidarität, zu dem es bei aller Kritik am Stärkungspaktgesetz letztlich aber auch keine ernst zu nehmende Alternative gegeben hat.

Wir erfüllen die Voraussetzungen des Gesetzes. Andere aber wohl auch. Und nun beginnen die Probleme erst richtig. Das Gesetz geht – handwerklich wenig überzeugend – von Zahlen aus Jahren aus, die es in der Finanzplanung gar nicht mehr gibt.

Mit uns haben sich 31 Kommunen beworben. Deren Anspruchshöhe ist durch das Gesetz definiert. Sie summiert sich auf gut 364 Millionen Euro jährlich in den Jahren, in denen der volle Betrag ausgekehrt würde. Das Gesetz sieht aber nur eine jährliche Summe von max. 310 Millionen Euro vor. Es werden also Kommunen leer ausgehen.

Wir haben unsere Hausaufgaben voll umfänglich erledigt und erfüllen alle Formalkriterien. Das Land ist nun in der Pflicht, seine Fehler zu korrigieren und uns wenigstens an der Stufe 2 zu beteiligen. Die Bestrafung Solingens mit der Missachtung unserer gemeinsamen Leistungen und dem Ausschluss aus Stufe 1 summiert sich nach heutiger vorsichtiger Prognose auf insgesamt 48,5 Millionen Euro.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf plant in 2012 Konsolidierungshilfen netto in Höhe von 4 Millionen Euro, von 7,5 Millionen Euro in 2013 und in 2014 in Höhe von 20 Millionen Euro. In Stufe 1 wären es 20 Millionen Euro ab 2011 gewesen.

Wir erfüllen aber nicht nur die Formalkriterien, sondern mit dem heutigen Entwurf vor allem die Zielmarken des Stärkungspaktgesetzes!

2018 ist unser Haushalt demnach unter Berücksichtigung der Hilfen ausgeglichen.

2021 ist der Haushalt auch ohne Hilfen ausgeglichen.

Und 2026 werden wir wieder über positives Eigenkapital verfügen!

Diese Zielmarken sind konkret und verpflichtend. Sie zu erreichen ist Voraussetzung für den Erhalt der Stärkungspaktmittel. Dies erfordert von uns allen – in Bürgerschaft, Politik und Verwaltung – Disziplin. Disziplin über viele Jahre und Wahlen hinweg. Das ist das Los, aber auch die Chance der Solinger Kommunalpolitik in der nächsten Generation: Eine nachhaltige und gegenüber unseren Kindern gerechte Finanzpolitik. Jede und jeder, die oder der hier mit Verantwortung im Rat sitzt kann sich einer solchen Betrachtung nicht entziehen.

Kernstück des Haushaltes 2012 ist der Haushaltssanierungsplan.

Dieser baut auf dem Haushaltsbegleitbeschluss 2010 auf. Wir profitieren heute noch einmal von der damaligen systematischen und gründlichen Arbeit.

Von diesem Haushaltsbegleitbeschluss mit seinen rund 43 Millionen Euro sind strukturell schon gut 30 Millionen Euro umgesetzt und eingearbeitet. Vor allem natürlich die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer mit jährlich 10,6 Millionen Euro.

Mit unserem Steuerniveau nehmen wir deshalb aktuell in NRW eine unrühmliche Spitzenstellung ein. Ich wiederhole daher auch an dieser Stelle noch einmal meine Haltung, die Sie im eingebrachten Entwurf wiederfinden: In der laufenden Wahlzeit dieses Rates und des Oberbürgermeisters werde ich Ihnen keine weitere Erhöhung dieser Steuern vorschlagen. Das schließe ich aus.

Die Langfristperspektive des Haushaltssicherungsplans schließt für die Jahre 2018 und 2019 allerdings eine Grundsteueranpassung nicht aus. Sie ist dort sogar Teil der Finanzplanung. Aus heutiger Sicht hat dies aber noch keinen Beschlusscharakter, sondern weist vorsorglich auf einen Ausfallmechanismus hin, der ab der zweiten Hälfte des Jahrzehnts und systemimmanent immer dann zum Zuge kommt, wenn die Konsolidierungsziele nicht anders erreicht werden können oder sollen. Damit meine ich beispielsweise unerwartete Konjunkturunbrüche auf der Einnahmenseite oder politische Beschlüsse zu Mehrausgaben auf der anderen Seite. Die Grundsteuer, die alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen belastet, erhält dann eine Ausgleichsfunktion.

Ein weiterer strategischer Ansatz, um diese Ausgleichsfunktion zu vermeiden, kann in der verantwortlichen Bewirtschaftung unserer Liegenschaften zu finden sein. Das Ihnen heute in nicht-öffentlicher Sitzung vorgelegte Konzept folgt dem aus anderen Bereichen bekannten Grundsatz „Investieren um zu sparen“. Ich halte es deshalb für den richtigen Ansatz, weil es mit seiner Umsetzung auch haushalterische Ergebnisbeiträge verspricht. Allerdings ist erste Voraussetzung für seine Umsetzung die Genehmigung unseres Haushaltssicherungsplans voraussetzt. Der Stadtkämmerer als Hüter des städtischen Vermögens wird hierauf näher eingehen.

Ein deutlicher Fingerzeig dafür, dass unsere Planungen aufgehen ist aber auch der aktuelle Stand zum Jahresabschluss 2011. Bei einer Planung von 72 Millionen Euro Defizit laufen wir aktuell auf einen Wert von knapp 50 Millionen Euro.

Unter den wenigen neuen Maßnahmen diesen Jahres sind vor allem die ergebnisabhängigen Konsolidierungsbeiträge der Stadt-Sparkasse Solingen und der Technischen Betriebe Solingen zu nennen. Wir haben hiermit gegenüber der bisherigen Praxis ein neues Kapitel der Mitverantwortung des Betriebs und insbesondere der Stadt-Sparkasse aufgeschlagen.

Beides ist abgesprochen mit dem Vorstand bzw. der Betriebsleitung. Beiden sage ich meinen herzlichen Dank – für harte, aber faire und konstruktive Gespräche und somit auch belastbare, konsensuale Beiträge.

Der erstmalige Beitrag der Stadt-Sparkasse zur Haushaltskonsolidierung setzt auf dem Ist auf. Der Teil der Gewinnverwendung, der vom Verwaltungsrat im Namen des Stadtrates gemeinwohlorientiert an Vereine, Verbände, Initiativen in unserer Stadt ausgeschüttet wird, ist nicht tangiert, ebenso wenig die vielen Förder- und Zuschussbeträge, über die der Vorstand der Stadt-Sparkasse alleine entscheidet. Die in der Maßnahme 263 genannten Beiträge zur Haushaltskonsolidierung von einer halben Million Euro in 2013, von einer Million Euro in 2014 und ab 2015 von 1,5 Millionen Euro jährlich kommen zusätzlich hinzu und gehen im städtischen Haushalt auf.

Weitere Einschnitte in die Infrastruktur, als mit dem Haushaltsbegleitbeschluss 2010 vorgesehen, schlagen wir Ihnen heute nicht vor. Vorausgesetzt ist allerdings die 100%ige Erfüllung der damals beschlossenen Konsolidierungsziele. Dies ist die notwendige Basis.

Gleichzeitig investieren wir aber auch in die Zukunft!
In Menschen, in Infrastruktur, in Arbeitsplätze!

Trotz aller finanzieller Restriktionen ist die Wirtschaftsförderung durch das Umhängen unter die BSG flexibler, atmender aufgestellt. Durch den Prozess der Optimierung der wirtschaftsfördernden Gesellschaften sind Reibungsverluste abgebaut, die Focussierung auf die Unternehmen erleichtert. Im Aufsichtsrat haben wir einvernehmlich mit der Geschäftsführung ein klar strukturiertes Aufgabenportfolio diskutiert und verabschiedet.

Ein wichtiger Punkt in diesem Prozess ist auch der Bereich Tourismus. Diesen haben wir neu aufgestellt. Regional konzipiert und verankert. Für Solingen fast schon neu erfunden. Und wir verbinden ihn mit unserer Wirtschaft. Mit der Industriekultur. Mit unserer reichen Kulturlandschaft.

Voraussichtlich für den 2. Juli plane ich alle Partner und Interessierte, seien es Behörden, Institutionen oder Vereine, unter dem Titel „Zukunft Schloss Burg“ zu einer Fachkonferenz einzuladen. Ziel ist die gemeinsame Information und ein fundierter Meinungs austausch über die Weiterentwicklung des Schlosses durch die Umsetzung des Ziel-2-Projektes mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 1 Million Euro bis 2015.

Gerade im Jahr des 125. Geburtstages des Schlossbauvereins stehen wir mit diesen erfolgreich von der Bergischen Entwicklungsagentur eingeworbenen Fördergeldern vor der großen Chance, das Schloss als bergisches und rheinisches Wahrzeichen neu zu profilieren.

Das Stadtmarketing ist durch den Namenszusatz „Klingenstadt“ gestärkt. Und wenn wir als Klingenstadt Solingen gemeinsam mit unseren Partner in Remscheid und Wuppertal sowie der Deutschen Bahn den Weg zum Weltkulturerbe Müngstener Brücke weiter gehen könnten, wäre dies ein wichtiger Gewinn. Die Entscheidung darüber liegt bei den Gremien der Landesregierung.

Für den Wirtschaftsstandort Solingen arbeiten wir neben den vielen angesprochenen, erfolgreichen Netzwerken und Serviceverbesserungen auch an einer weiteren Einbindung der Bergischen Universität.

Herausragendes Vorhaben ist aktuell die Weiterentwicklung des Bergischen Instituts für Produktentwicklung und Innovationsmanagement von einem An- zu einem In-Institut der Universität mittels der Einrichtung einer Stiftungsprofessur in der Fachdisziplin Maschinenbau als fachliche Ergänzung zum bisherigen Schwerpunkt Design. Die Universität mit dem Rektor an der Spitze, der Förderverein des Instituts, die Industrie- und Handelskammer sowie ich als Oberbürgermeister stehen im engen Dialog, um ein Modell aus profilierter Forschungs- und in der Industrie akzeptierter, anwendungsfreundlicher Entwicklungseinrichtung personell und finanziell abzusichern. Ich weiß mich dabei von Vielen aktiv unterstützt und bin dankbar dafür. Das Institut soll auf diesem Wege fester, institutioneller Bestandteil der Bergischen Universität werden. Studentisches und universitäres Leben in Form von Seminaren, Vorträge und Forschungsveröffentlichungen, soll sich so auch in Solingen sichtbarer etablieren.

Wir brauchen aber auch weiterhin Gewerbeflächen.

Mein Grundsatz lautet, dass wir als Stadt jedem Solinger Unternehmen, das sich verändern oder wachsen will, ein Angebot machen können müssen. Das heißt, dass wir nicht warten können, bis diese Unternehmen an die Tür der Wirtschaftsförderung klopfen. Wir müssen bereits jetzt bei aller Schwierigkeit, die dies mit sich bringt, die Böden für morgen bevorraten - denn die Zeit, bis neue Flächen planfestgestellt und erschlossen sind, haben diese Unternehmen nicht und müssen sich dann möglicherweise notgedrungen zum Weg-zug entscheiden. Eine fatale Entwicklung, wie wir jüngst erleben mussten.

Angebote muss es aus dem Bestand geben, durch Entwicklung von Brachflächen, aber genauso durch neue Flächenangebote. Das darf nicht gegen einander ausgespielt werden.

Zur Brachenentwicklung forde ich die Landesregierung auf, ihre Solingen und das gesamte Städtedreieck ausschließende Förderpolitik zu verändern. Wir fordern, dass auch Gewerbebrachen kleiner als 5 ha gefördert werden können.

Zudem fordern wir ein Sonderkontingent des Bergischen Städtedreiecks zur Unterstützung aus dem Flächenpool NRW. Im Rahmen eines Pilotprojektes in NRW könnte zudem eine Förderung von privaten Investitionen zur Verbesserung des energetischen Zustands von Gebäuden in Gewerbegebieten erfolgen.

In den letzten dreizehn Jahren hat unsere Wirtschaftsförderung durchschnittlich 3-4 Hektar Gewerbeflächen verkauft. Nunmehr stehen ihr insgesamt noch rund 24 Hektar verwertbare Flächen zur Verfügung. Hierin enthalten sind aber auch viele Splitter- und Restflächen mit erschwerter Verwertbarkeit. Selbst rechnerisch hat unsere Wirtschaftsförderung nur noch Flächen für eine Hand voll Jahre. Schon heute haben wir nur noch 2 Flächen größer 20.000 m². Damit können wir am Markt kaum wettbewerbsfähig auftreten.

Alleine diese Zahlen machen schon deutlich, wie notwendig eine vorausschauende Gewerbeflächenbevorratung heute ist. Das laufende Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans ist daher ein Lackmustest für die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Verwaltungsseitig werden wir Ihnen die notwendigen Unterlagen und Vorschläge vorlegen.

Eine vorausschauende Gewerbeflächen- und Wirtschaftsförderpolitik, die jetzt stattfinden muss, ist auch eine vorausschauende Gesellschafts- und Sozialpolitik!

Dem dient auch unser kommunales Jobcenter. Dieses finden Sie erstmals in diesem Haushalt abgebildet. Dirk Wagner und seinem Team, dem Stadtdienst Personal und Organisation sowie dem Personalrat einen herzlichen Dank für die gemeinschaftliche Bewältigung dieser Herkulesaufgabe.

Und wir sind aktiv am Start! Das Arbeitberteam haben wir mittlerweile mehrfach Unternehmerrunden vorgestellt. Das Jugendhaus zieht zum Juni in das Gebäude Rathausplatz 3 und wird dort, in unmittelbarer Nähe vieler anderer städtischer Dienste und freier Träger, seine Arbeit unter einem Dach und nach einer Startkonzeption aufnehmen.

Wirtschaft und Arbeit sind eines der Schwerpunkte unserer Stadt!

Bildung, Familie, Stärkung des Ehrenamtes ein anderer. Mit der Anlage 23 finden Sie erstmals eine vollkommen transparente Darstellung der Zuweisungen und Zuschüsse. Kürzungen sind hier aus Überzeugung verwaltungsseitig nicht vorgesehen. Gleichwohl rechne ich damit, dass Sie die Aufstellung als interessante Lektüre wahrnehmen werden.

Auch aus dem Haushalt heraus investieren wir unmittelbar in die Zukunft für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger – insgesamt fast 21 Millionen Euro.

Lassen Sie mich schlagwortartig und beispielsweise nennen.

- die Stützmauer am Eschbach in Burg
- den Stadtumbau Ohligs-Ost
- die Stadtentwicklungsprojekte Südliche Innenstadt und City 2013
- die Solinger Nordstadt und
- die Attraktivierung Konrad-Adenauer-Straße

Aus dem Bereich Familie und Bildung nenne ich beispielhaft Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten mit einem Gesamtvolumen von knapp 9,3 Millionen Euro; insbesondere in

- 3 KiTa-Neubauten
- gemeinsamen Unterricht an Grundschulen zur Umsetzung des Inklusionsgedankens und
- die Fertigstellung der Leistungsporthalle an der Friedrich-Albert-Lange-Schule

Für unsere gemeinsame Sicherheit erneuern wir beispielsweise in

- die Gerätehäuser der Löschgruppen 3 und 7 der Freiwilligen Feuerwehr, die Kameraden haben lange geduldig gewartet,
- diverse Feuerwehrfahrzeuge und
- die Weiterführung Umstellung auf Digitalfunk

Heute legen wir Ihnen, verehrte Ratsmitglieder, den Haushalt 2012 vor. Verabredet ist, dass Sie diesen nach intensiver Möglichkeit zu Beratung und Diskussion am 27. September verabschieden. Dies ist auch notwendig, da bis Ende September der beschlossene Haushaltssanierungsplan bei der Aufsicht eingereicht werden muss.

Zuvor schließt sich an diese Einbringung aber wieder eine Bürgerbeteiligung an.

Dialog und Bürgerbeteiligung sind Kernelemente meiner Amtsführung. Von daher hat es mich mit Stolz erfüllt, dass der erste Solinger Bürgerhaushalt 2010 so erfolgreich war und bundesweit Beachtung und Aufnahme gefunden hat. Den Mitarbeitern sage ich hier noch einmal einen herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch für die erfolgte Prämierung!

Auf diesem Erfolg und dem Konzept bauen wir auch wieder für 2012 auf. Gleichwohl wird es Weiterentwicklungen geben.

Insbesondere wird es einen eigenen Bereich für Bürgervorschläge geben, über die dann auch abgestimmt werden kann. Jeder umsetzungs- und mehrheitsfähige Vorschlag reduziert zugleich die Ausgleichsfunktion der Grundsteuer.

Ich freue mich auf viele solcher Vorschläge. Neu wird auch sein, sich zu den größeren Investitionsvorhaben äußern und abstimmen zu können.

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Kollegen im Verwaltungsvorstand

- Stadtdirektor Hartmut Hoferichter,
- Stadtkämmerer Ralf Weeke,
- Beigeordneter Robert Krumbein und
- Ernst Schneider als Geschäftsführer der Beteiligungsgesellschaft –,
- den Dienste- und Betriebsleitungen und Geschäftsführungen,
- allen Mitarbeitern

für die Disziplin in den Beratungen und auch und gerade in der Bewirtschaftung des Haushaltes. Hier sind vielfach Grenzen erreicht, teilweise auch bis an das Äußerste gedehnt. Das Haushaltssicherungskonzept – nun der Haushaltssicherungsplan – wurde noch einmal sehr kritisch durchleuchtet. Insbesondere den Mitarbeitern des Finanzmanagements sage ich Dank für den unermüdlichen Einsatz im gesamten Aufstellungsverfahren des Haushaltes – dieses Haushaltes, der nächste ist (leider) auch schon wieder in Arbeit.

In diesem Sinne, wünsche ich dem Haushalt 2012, dass es durch den Zuschlag für die Stufe 2 des Stärkungspaktes ein historischer wird und uns allen guten Beratungen!